

A4 Kommunalwahlprogramm der GRÜNEN JUGEND Würzburg 2026

Antragsteller*in: Lilli Grosch, Lars Mantel

Tagesordnungspunkt: 3 Abstimmung des GJ-Kommunalwahlprogramms

Antragstext

1 Kommunalwahlprogramm der GRÜNEN JUGEND Würzburg 2 2026

3 Die Kommunalwahl 2026 ist entscheidend für die Zukunft von Stadt und Landkreis
4 Würzburg. In den kommenden Jahren müssen wir zentrale Weichen stellen, um unsere
5 Region sozial gerecht, ökologisch und zukunftsfähig zu gestalten. Dafür braucht
6 es mutige Veränderungen: von konsequentem Klima- und Umweltschutz über
7 nachhaltige, geschlechtergerechte Mobilität bis hin zu bezahlbarem Wohnraum für
8 alle.

9 Wir, die GRÜNE JUGEND Würzburg, wollen, dass junge Menschen endlich
10 mitentscheiden und mitgestalten – denn es geht um unsere Lebensrealität und
11 unsere Zukunft. Unsere Generation wird bislang in der Kommunalpolitik oft
12 übersehen. Das ändern wir! Mit unserem Programm setzen wir uns für echte
13 Teilhabe, soziale Gerechtigkeit und eine lebenswerte Region für alle ein.

14 Dafür kämpfen wir bei der Kommunalwahl 2026 und darüber hinaus.

15 KLIMA-, UMWELT- UND NATURSCHUTZ

16 Im Bereich des Umwelt-, Klima- und Naturschutzes wollen wir sowohl im Landkreis
17 als auch in der Stadt Würzburg substanzielle Verbesserungen bewirken, um unsere
18 Lebensqualität zu erhalten und zu steigern. Dabei ist uns besonders wichtig,
19 dass Klimaschutz sozial gerecht gestaltet wird:

20 Alle Menschen sollen von einer gesunden Umwelt, sauberer Luft und lebenswerten
21 Städten profitieren. Sozialer Klimaschutz bedeutet für uns, ökologische
22 Maßnahmen immer mit sozialer Teilhabe und Gerechtigkeit zu verbinden.

23 Energie und klimaneutrale Versorgung

24 Die kommunale Wärmeplanung zeigt bereits heute konkrete Wege in eine
25 klimaneutrale Energieversorgung für Würzburg auf. Unser Ziel ist eine

26 vollständig klimaneutrale Versorgung von Stadt und Landkreis. Deshalb setzen wir
27 uns ein für:

- 28 • die konsequente Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung und eine
29 klimaneutrale Energieversorgung für alle Bürger*innen.
- 30 • den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien in der Region, insbesondere
31 durch Photovoltaik, Solarthermie und Windkraft.
- 32 • die Verpflichtung der Stadtwerke Würzburg, weiterhin konsequent auf 100 %
33 Ökostrom zu setzen und den Anteil tatsächlich regional erzeugten Ökostroms
34 weiter zu erhöhen, um die Energiewende vor Ort aktiv zu unterstützen.
- 35 • die vollständige Umstellung der Stadtverwaltung auf klimaneutrale Energie
36 und das Ziel, bis spätestens zum Ende der Legislaturperiode
37 Klimaneutralität zu erreichen.
- 38 • die Unterstützung von Bürgerenergiegenossenschaften zur Rekommunalisierung
39 der Energiewirtschaft.
- 40 • dass die Stadt Würzburg kein Geld mehr in Kohle-, Erdöl- und
41 Erdgasunternehmen investiert und bestehende Investments schnellstmöglich
42 abzieht.

43 Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz

44 Nachhaltigkeit, Ressourcenschutz und soziale Gerechtigkeit sollen im Alltag für
45 alle Menschen in Würzburg und Umgebung spürbar werden. Deshalb setzen wir uns
46 für eine lebenswerte und ressourcenschonende Region ein, in der alle Zugang zu
47 sauberem Trinkwasser haben.

48 Wir fordern:

- 49 • den Ausbau öffentlicher Trinkwasserbrunnen im gesamten Stadtgebiet, um den
50 Zugang zu kostenlosem, sauberem Wasser für alle zu sichern.
- 51 • die konsequente Förderung von Mehrwegverpackungen bei To-Go-Angeboten. Die
52 Stadt Würzburg und das Studierendenwerk unterstützen bereits
53 Mehrwegsysteme (z.B. REcup). Wir wollen diese ausbauen und bei städtischen
54 Veranstaltungen sowie auf Märkten und Festen verbindlich auf
55 Mehrweglösungen setzen, um Einwegplastik zu reduzieren.
- 56 • ein städtisches Foodsharing-System, das Lebensmittelverschwendung
57 reduziert und soziale Teilhabe stärkt.

58 Gewässerschutz

59 Gerade im trockenen Unterfranken ist der Schutz von Gewässern und Trinkwasser
60 besonders wichtig. Wiederholtes Fischsterben in Pleichach und Kürnach zeigen den
61 dringenden Handlungsbedarf. Regenrückhaltebecken müssen vergrößert und besser
62 gesichert werden, ungeklärtes Abwasser darf in keine Gewässer gelangen.
63 Wir wollen naturnahe Bachläufe mit wertvollen Uferzonen und Aufenthaltsbereichen
64 für Mensch und Natur schaffen, um Artenvielfalt und Wasserqualität zu sichern.

65 Deshalb fordern wir:

- 66 • die konsequente und umfassende Freilegung sowie Renaturierung der
67 Pleichach im Stadtgebiet Würzburg, insbesondere im Bahnhofsbereich.
68 Bereits begonnene Maßnahmen müssen zügig fortgesetzt und auf weitere
69 Abschnitte ausgeweitet werden.
- 70 • die Rehabilitierung des Fischbestandes in unseren Bächen. An Gewässern wie
71 Aalbach und Tauber wollen wir durch die Schaffung von Randstreifen den
72 Gewässerschutz stärken. Am Main sollen weitere Rückzugsorte für Tiere an
73 der Bundeswasserstraße geschaffen werden.
- 74 • den Stopp des geplanten Gipsabbaus in Altertheim, um die
75 Trinkwasserversorgung in Stadt und Landkreis Würzburg zu sichern, die
76 Biodiversität langfristig zu schützen und Profitinteressen nicht über
77 unsere Lebensgrundlagen zu stellen.
- 78 • das städtische Förderprogramm für Zisternen in Privathäusern langfristig
79 zu sichern und auszubauen. Alle städtischen Neubauten sind künftig mit
80 Zisternen zur Regenwassernutzung auszustatten. Für bestehende Gebäude ist
81 zeitnah ein Nachrüstkonzept umzusetzen, um die Regenwassernutzung im
82 gesamten Stadtgebiet systematisch zu stärken.

83 Flächenversiegelung verringern

84 Die zunehmende Flächenversiegelung stellt auch im Landkreis Würzburg eine
85 ernsthafte Bedrohung für Umwelt und Lebensqualität dar. Versiegelte Flächen
86 verhindern die natürliche Versickerung von Regenwasser, erhöhen das Risiko von
87 Überschwemmungen und zerstören wertvolle Lebensräume.

88 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 89 • die weitreichende Entsiegelung von Flächen in Stadt und Landkreis
90 Würzburg.
- 91 • ein klares Nein zum Bau neuer Supermärkte „auf der grünen Wiese“ im
92 gesamten Stadtgebiet.
- 93 • den Rückbau der vierspurigen Versbacher Straße auf zwei Spuren im
94 Stadtgebiet Würzburg, um Raum für Grünflächen sowie nachhaltige Mobilität
95 zu schaffen.

96 Arten- und Naturschutz

97 Der Schutz von Artenvielfalt und natürlichen Lebensräumen ist eine zentrale
98 Aufgabe für den Landkreis und die Stadt Würzburg. Nur durch aktiven Naturschutz
99 können wir die Grundlagen für ein gesundes Ökosystem und eine lebenswerte Umwelt
100 sichern.

101 Deshalb fordern wir:

- 102 • den Schutz des Ringparks und bestehender Bäume in Würzburg.
- 103 • die Pflanzung neuer Bäume, insbesondere in der Innenstadt, um der
104 Überhitzung im Klimawandel entgegenzuwirken.
- 105 • den sofortigen Stopp der Rodungen in Thüngersheim, um irreversible Schäden
106 an Natur und Grundwasser zu verhindern.
- 107 • die Wiederherstellung des Naturschutzgebiets im Taubertal durch gezielte
108 Maßnahmen, um wertvolle Lebensräume zu erhalten und zu fördern.

109

110 MOBILITÄT

111 In Stadt und Landkreis Würzburg braucht es eine klare Wende in der
112 Mobilitätspolitik. Das Auto hat noch immer zu viel Vorrang, während Radwege und
113 ÖPNV oft vernachlässigt werden. Besonders im Landkreis sind viele – selbst
114 stadtnahe - Gemeinden schlecht an Würzburg angebunden, und das Fahrrad wird eher
115 als Freizeitgerät angesehen.

116 Wir setzen uns für eine sozial- und geschlechtergerechte Mobilität ein. Das
117 bedeutet sichere, gut beleuchtete und barrierefreie Wege, die den Bedürfnissen
118 aller Menschen gerecht werden. Mobilität soll für alle sicher, bezahlbar und
119 zugänglich sein – zum Schutz des Klimas und für mehr Lebensqualität.

120 Öffentlicher Personennahverkehr

121 Ein leistungsfähiger, sozial gerechter und moderner ÖPNV ist die Grundlage für
122 eine nachhaltige Mobilitätswende in Stadt und Landkreis Würzburg. Trotz
123 einzelner Fortschritte gibt es weiterhin große Lücken im Angebot, in der Taktung
124 und bei der Barrierefreiheit.

125 Deshalb fordern wir:

- 126 • eine noch engere Zusammenarbeit und den konsequenten Ausbau von Bus- und
127 Straßenbahnnetz zwischen Stadt und Landkreis, um ein durchgängiges,
128 attraktives Angebot zu schaffen, das bestehende Lücken schließt.
- 129 • die zügige Realisierung der Straßenbahnlinie 6 bis ans Hubland in der
130 kommenden Legislaturperiode sowie die perspektivische Verlängerung nach

131 Gerbrunn und die Schaffung einer Querspange vom Sanderring zur neuen Linie
132 6.

133 • den nutzer*innenfreundlichen Umbau des Straßenbahnhalts Bahnhofsvorplatz
134 zu einer Mobilitätsdrehscheibe.

135 • den Beginn des Planfeststellungsverfahrens für eine Straßenbahn in die
136 Lindleinsmühle und nach Versbach spätestens bis 2028.

137 • langfristig neue Straßenbahnlinien nach Höchberg und Zell/Margetshöchheim.

138 • einen flächendeckenden 10-Minuten-Takt für alle Straßenbahnlinien von 6
139 bis 20 Uhr, da dieser bislang nur auf den Hauptachsen gilt, sowie einen
140 durchgehenden 20-Minuten-Takt von 20 bis 24 Uhr.

141 • einen Stundentakt für alle Gemeinden im Landkreis von 6 bis 24 Uhr, einen
142 Halbstundentakt für stadtnahe und den Ausbau von Rufbussen in stadtfernen
143 Gemeinden.

144 • die bessere Einbindung der Gemeinden ins Nachtbussystem der Stadt und die
145 Einführung spezieller Nachtbusangebote für das Umland.

146 • Fahrpläne, die sich an Schulschlusszeiten orientieren, und eine bessere
147 Abstimmung der Abfahrtszeiten von Bus und Straßenbahn mit der Deutschen
148 Bahn.

149 • die jährliche Veröffentlichung von Pünktlichkeitsberichten durch die
150 Verkehrsgesellschaften APG und VVM.

151 • flächendeckende Barrierefreiheit und WLAN in allen Fahrzeugen und
152 Haltestellen sowie den beschleunigten Ausbau dynamischer
153 Fahrgastinformationen.

154 • Klimatisierung aller Busse sowie Straßenbahnen.

155 • die vollständige Integration des regionalen ÖPNV in die Bahn-App (DB
156 Navigator) durch eine API-Schnittstelle, damit Ticketkauf und
157 Fahrplanauskunft für Würzburg nahtlos über eine zentrale App möglich
158 werden.

159 • kostenlose ÖPNV-Nutzung für Menschen unter 18 Jahren und ein stark
160 vergünstigtes Ausbildungsticket für die gesamte Region, idealerweise nach
161 dem Vorbild des 9-Euro-Tickets.

162 • mindestens drei Samstage pro Jahr mit kostenlosem ÖPNV im gesamten
163 Stadtgebiet, damit die Vorteile einer autoarmen Stadt erlebbar werden.

164 • langfristig einen kostenlosen ÖPNV für den NVM.

165 Radverkehr

166 Ein sicheres, attraktives und durchgängiges Radwegenetz ist zentral für die
167 nachhaltige Mobilitätswende in Stadt und Landkreis Würzburg. Trotz einzelner

168 Fortschritte gibt es weiterhin große Defizite beim Ausbau, bei der Qualität und
169 bei der Vernetzung der Radinfrastruktur.

170 Deshalb fordern wir:

- 171 • den konsequenten und flächendeckenden Ausbau von geschützten Radwegen
172 (Protected Bike Lanes) statt einfacher Schutzstreifen, insbesondere an
173 Hauptverkehrsstraßen.
- 174 • ein lückenloses, beleuchtetes Radschnellwegenetz zur Anbindung der
175 stadtnahen Gemeinden sowie die Umwandlung der Main-Touristenradwege in
176 durchgängige Radschnellwege.
- 177 • eine konsequente Instandhaltung des Radwegenetzes und den Rückbau
178 unnötiger Poller und Hindernisse, die insbesondere Lastenräder behindern.
- 179 • die Optimierung von Ampelschaltungen und Kreuzungen im Sinne des
180 Radverkehrs, um Wartezeiten und Gefahrenstellen zu reduzieren.
- 181 • die kostengünstigere Ausleihe von Lastenrädern in der Stadt Würzburg.
- 182 • die dauerhafte Neuauflage und ausreichende Finanzierung des städtischen
183 Förderprogramms für den Kauf von Lastenrädern, damit mehr Menschen
184 klimafreundliche und familienfreundliche Transportmöglichkeiten nutzen
185 können.

186 Autoverkehr

187 Die Menge motorisierte Fahrzeuge in Würzburg stellt ein zentrales Problem für
188 Lebensqualität, Klimaschutz und Flächengerechtigkeit dar. Deshalb fordern wir
189 eine konsequente Reduzierung des Autoverkehrs in der Stadt und eine Umverteilung
190 des öffentlichen Raums zugunsten nachhaltiger Mobilitätsformen sowie attraktiver
191 Freizeit- und Aufenthaltsflächen für alle Menschen.

192 Deshalb fordern wir:

- 193 • dass der Bischofshut in der Würzburger Innenstadt mittelfristig
194 vollständig autofrei wird. Ausnahmen sollen nur für Anwohner*innen,

195 Menschen mit Behinderung, Pflegekräfte, Lieferverkehr sowie Menschen mit
196 gesundheitlichen Einschränkungen gelten.

197 • einen autofreien Mainkai, um die Aufenthaltsqualität am Fluss zu steigern.

198 • die Einrichtung von Park-and-Ride-Parkplätzen an den Stadträndern mit
199 möglichst geringer zusätzlicher Flächenversiegelung, um den Umstieg auf
200 den ÖPNV zu erleichtern.

201 • den sukzessiven Rückbau von Oberflächenparkplätzen in der Bischofshut, um
202 Platz für Grünflächen, Rad- und Fußverkehr zu schaffen.

203 • eine Erhöhung der Parkgebühren im Bischofshut, wobei die zusätzlichen
204 Einnahmen gezielt für günstigere ÖPNV-Tickets verwendet werden sollen.

205 • neue Car-Sharing-Stationen auf bereits bestehenden Parkflächen, um den
206 Umstieg auf geteilte Mobilität zu fördern.

207 • dass die Stadt Würzburg sich für die konsequente Kontrolle des
208 Durchfahrtsverbots für auswärtigen Schwerlastverkehr auf dem Stadtring
209 einsetzt, sowie langfristig für Tempo 30 auf diesem Abschnitt.

210 • weiterhin die Ablehnung des Baus der B26n im Landkreis Würzburg.

211 Geschlechtergerechte Mobilität

212 Mobilität muss die Lebensrealitäten und Bedürfnisse aller Menschen
213 berücksichtigen. Bisher orientiert sich die Verkehrsplanung meistens an
214 männlichen

215 Erwerbsarbeitswegen und vernachlässigt Sorgearbeit, Wegeketten und
216 Sicherheitsbedürfnisse von FINTA*-Personen (Frauen, intergeschlechtliche, nicht-
217 binäre, trans und agender Personen) und anderen marginalisierten Gruppen.

218 Deshalb fordern wir:

219 • dass sich der ÖPNV nicht nur an männlichen Erwerbsarbeitswegen ausrichtet,
220 sondern konsequent Gender- und Diversitätsperspektiven in alle
221 Mobilitätsplanungen einbezieht.

222 • den Ausbau von sicheren, beleuchteten und barrierefreien Wegen.

223 • einen ÖPNV, der komplexe Wegeketten und flexible Mobilitätsbedürfnisse
224 ermöglicht – etwa durch dichte Taktung und gute Umsteigemöglichkeiten.

225 • die Einführung eines Nacht-Taxi-Angebots (zum Beispiel nach Münchner
226 Vorbild): FINTA* Personen sollen nachts Gutscheine für vergünstigte
227 Taxifahrten erhalten, um sicher nach Hause zu kommen

228 WOHNEN

229 Wohnen ist ein Grundrecht – und die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe
230 und ein selbstbestimmtes Leben. Doch in Würzburg wird bezahlbarer Wohnraum
231 zunehmend zur Mangelware. Besonders hart trifft das Mieter*innen, Studierende,

232 Auszubildende und Menschen mit geringem Einkommen. Wir setzen uns für eine
233 soziale, gerechte und nachhaltige Wohnungspolitik ein, die den Bedürfnissen
234 aller statt der Profite weniger dient.

235 Bezahlbarer Wohnraum

236 Der verfügbare Wohnraum in Würzburg wird immer knapper, die Mietpreise steigen
237 weiter. Wir setzen uns für eine soziale Wohnungspolitik ein, die allen Menschen
238 ein bezahlbares Zuhause ermöglicht.

239 Deshalb fordern wir:

- 240 • die Einführung eines qualifizierten, städtischen Mietspiegels, der
241 gemeinsam mit Mieter*innen- und Vermieter*innenorganisationen erarbeitet
242 wird und energetische Aspekte berücksichtigt.
- 243 • die konsequente Anwendung und Kontrolle der Mietpreisbremse, insbesondere
244 in angespannten Stadtteilen wie Sanderau oder Grombühl, wo die Mieten
245 besonders stark steigen.
- 246 • die gezielte Förderung von bezahlbarem Wohnraum durch die Stadtbau
247 Würzburg GmbH, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, Familien
248 und Alleinerziehende, durch ein jährliches Neubauziel von mindestens 150
249 Sozialwohnungen.
- 250 • Die konsequente Verfolgung von überhöhten Mieten nach §5
251 Wirtschaftsstrafgesetzbuch (Mietwucherparagraf).

252 Sozialer und nachhaltiger Wohnungsbau

253 Um den Bedarf an Wohnraum zu decken, braucht es mehr gemeinwohlorientierten
254 Neubau und Sanierung.

255 Deshalb fordern wir:

- 256 • die Modernisierung und den Erhalt bestehender Sozialwohnungen,
257 insbesondere durch energetische Sanierung und barrierefreien Umbau, um
258 Nebenkosten zu senken und den Klimaschutz zu stärken.
- 259 • die konsequente Förderung von ökologischen Standards (mindestens KfW-55-
260 Standard) und erneuerbaren Energien bei allen Neubau- und
261 Sanierungsprojekten.
- 262 • die Schaffung von neuem bezahlbarem Wohnraum im Faulenbergareal.

263 Studierenden- und Auszubildendenwohnen

264 Studierende und Auszubildende sind besonders von der Wohnungsnot betroffen,
265 gerade zum Semester- und Ausbildungsstart fehlen regelmäßig hunderte Plätze.

266 Deshalb fordern wir:

- 267 • eine gezielte Ausbauoffensive für Studierendenwohnheime in Kooperation mit
268 dem Studierendenwerk und weiteren Trägern, mit dem Ziel, bis 2030
269 mindestens 1.000 neue Wohnheimplätze zu schaffen.
- 270 • die Grünmdung und Etablierung eines Azubiwerks, das die Wohnsituation für
271 Auszubildende explizit koordiniert und gestaltet.
- 272 • die Bereitstellung städtischer Flächen für neue Wohnheime, die explizit
273 auch Auszubildenden zur Verfügung stehen.
- 274 • die Modernisierung und den Erhalt bestehender Wohnheime, um günstige und
275 zeitgemäße Wohnmöglichkeiten für Studierende und Auszubildende zu sichern.

276 Vielfalt, Inklusions und Leerstand

277 Wohnen muss für alle möglich sein – unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht
278 oder Einschränkungen.

279 Deshalb fordern wir:

- 280 • die Förderung von sozial durchmischten und inklusiven Wohnquartieren, z.B.
281 durch Unterstützung von Mehrgenerationen- und gemeinschaftlichen
282 Wohnprojekten.
- 283 • Barrierefreiheit als Standard bei allen Bauvorhaben.
- 284 • die konsequente Erfassung und Nutzung von Leerstand, etwa durch ein
285 städtisches Leerstandskataster und die Einführung einer
286 Zweckentfremdungssatzung, um spekulativen Leerstand zu verhindern und
287 Wohnraum zurückzugewinnen.

288 **SOZIALES MITEINANDER**

289 Ein solidarisches und vielfältiges Miteinander ist die Grundlage für eine
290 lebenswerte Stadt. Würzburg steht vor großen sozialen Herausforderungen – von
291 steigenden Mieten über Diskriminierung bis hin zu fehlenden
292 Beteiligungsmöglichkeiten. Um diese zu meistern, braucht es klare, verbindliche
293 und partizipative Maßnahmen, die alle Menschen einbeziehen und benachteiligte
294 Gruppen besonders stärken.

295 Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit

296 Gleichstellung stellt die Lebensrealitäten marginalisierter Gruppen,
297 insbesondere FINTA* (Frauen, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen),
298 in den Mittelpunkt der Stadtpolitik. Diskriminierung und Ausschlüsse im Alltag
299 und bei Ressourcen müssen konsequent bekämpft werden.

300 Deshalb fordern wir:

- 301 • Entwicklung und Umsetzung eines Gender-Budgeting-Konzepts für den
302 städtischen Haushalt mit jährlicher Fortschrittsberichterstattung durch
303 die Gleichstellungsstelle Würzburg.
- 304 • Verbindliche Gleichstellungsquoten bei der Besetzung von
305 Führungspositionen.
- 306 • Förderung von Projekten zur Gleichstellung aller Geschlechter, mit
307 besonderem Fokus auf FINTA*-Personen, unter aktiver Einbindung dieser.
- 308 • Sensibilisierung und verpflichtende Fortbildung der Stadtverwaltung zu
309 geschlechterneutraler Sprache und diskriminierungsfreier
310 Verwaltungspraxis.

311 Integration und interkulturelles Zusammenleben

312 Würzburg ist eine vielfältige Stadt mit Menschen aus über 150 Ländern.
313 Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der gleiche Rechte, Abbau von
314 Barrieren und aktive Teilhabe für alle ermöglicht.

315 Deshalb fordern wir:

- 316 • sofortigen Zugang zu Sprachkursen und Bildung für Migrant*innen,
317 unabhängig vom Aufenthaltsstatus.
- 318 • Ausbau und finanzielle Förderung von Migrant*innen-Selbstorganisationen
319 und interkulturellen Begegnungsprojekten.
- 320 • Mehrsprachige und barrierefreie städtische Informationen und Angebote,
321 z.B. bei Verwaltung, Gesundheit und Bildung.
- 322 • Einrichtung einer unabhängigen kommunalen Antidiskriminierungsstelle als
323 Anlaufstelle für Betroffene von Rassismus.
- 324 • Interkulturelle Öffnung von Verwaltung, Schulen und Kitas durch
325 verpflichtende Fortbildungen und mehr Diversität im Personal.

326 Armutsbekämpfung

327 Armut schränkt Teilhabe, Bildung und Lebensqualität ein. Besonders betroffen
328 sind Alleinerziehende, ältere Menschen, Familien mit geringem Einkommen,
329 Geflüchtete und wohnungslose Menschen.

330 Deshalb fordern wir:

- 331 • Entwicklung eines städtischen Aktionsplans zur Prävention und Bekämpfung
332 von Armut und Wohnungslosigkeit mit Housing-First-Ansatz und sozialer
333 Begleitung.
- 334 • Ausbau niedrigschwelliger Beratungs- und Unterstützungsangebote.
- 335 • Förderung von Integrationsprojekten mit Fokus auf Bildung, Sprachförderung
336 und Arbeitsmarktintegration.
- 337 • Verbesserung der sozialen Infrastruktur durch Quartiersmanagement und
338 Familienzentren.

339 Queeres Leben

340 LGBTQ*-Personen sind auch in Würzburg weiterhin von Diskriminierung, Gewalt und
341 Ausgrenzung betroffen, insbesondere queere Geflüchtete und Jugendliche. Es
342 braucht gezielte Maßnahmen, um Schutz, Sichtbarkeit und Teilhabe für alle zu
343 gewährleisten und queerfeindlicher Gewalt und Diskriminierung wirksam zu
344 begegnen.

345 Deshalb fordern wir:

- 346 • die Entwicklung und Umsetzung eines städtischen Aktionsprogramms gegen
347 queerfeindliche Gewalt und Diskriminierung, inklusive Prävention, Beratung
348 und konsequenter Strafverfolgung queerfeindlicher Straftaten.
- 349 • die Einrichtung und Förderung von Schutzräumen für besonders vulnerable
350 Gruppen, insbesondere LGBTQ*-Geflüchtete und queere Jugendliche, etwa
351 durch separate Unterbringungsmöglichkeiten.
- 352 • die bestehende Unterstützung des Christopher Street Day (CSD) durch die
353 Stadt Würzburg weiter auszubauen, insbesondere durch verstärkte
354 Öffentlichkeitsarbeit, inklusive Angebote und stärkere Einbindung
355 marginalisierter Gruppen
- 356 • die Schaffung und Förderung sicherer und queerer Räume in Würzburg, z.B.
357 durch Treffpunkte, Beratungsstellen und Sensibilisierung von Verwaltung
358 und Polizei.
- 359 • die Stärkung queerer Bildungsarbeit an Würzburger Schulen und in der
360 Jugendarbeit, um Vorurteile abzubauen und Sensibilität und Akzeptanz zu
361 fördern.

362 Jugendbeteiligung

363 Junge Menschen brauchen Räume, Strukturen und Formate, in denen sie ihre
364 Interessen wirksam vertreten und das Stadtleben aktiv mitgestalten können.
365 Beteiligung auf Augenhöhe stärkt Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

366 Deshalb fordern wir:

- 367 • die Einführung von Jugendparlamenten und Jugendräten im Stadt- und
368 Landkreis Würzburg, orientiert an den Qualitätsstandards des Dachverbands

- 369 Bayerischer Jugendvertretungen (DVBJ), um echte Mitbestimmung zu
370 gewährleisten.
- 371 • die regelmäßige Durchführung von Jugendhearings, Beteiligungshaushalten
372 und Jugendforen, damit junge Menschen ihre Anliegen direkt einbringen
373 können.
- 374 • den Ausbau von Freizeit-, Kultur- und Bildungsangeboten für Jugendliche.
- 375 • die gezielte Förderung von Projekten, die junge Menschen in
376 gesellschaftliche und politische Prozesse einbinden und ihnen
377 Verantwortung übertragen.

378 Dritte Orte

379 Dritte Orte – also offene, niedrighschwellige Begegnungsräume ohne Konsumzwang
380 jenseits von Zuhause und Arbeitsplatz – sind unerlässlich für gesellschaftlichen
381 Zusammenhalt, kreative Entfaltung und soziale Teilhabe. In Würzburg fehlt es an
382 ausreichend solchen Räumen, die generationenübergreifend, kulturell vielfältig
383 und sozial offen sind – und die von den Menschen vor Ort aktiv mitgestaltet
384 werden können.

385 Deshalb fordern wir:

- 386 • die Förderung und den Ausbau von konsumfreien Dritten Orten wie
387 Nachbarschaftscafés, Gemeinschaftsgärten, Stadtteilzentren, Makerspaces
388 und offenen Lernorten in allen Stadtteilen – unter aktiver Beteiligung der
389 Nutzer*innen.
- 390 • die kreative Gestaltung des öffentlichen Raums: mehr Street Art,
391 Wandbegrünung, Spielplätze und öffentliche Sitzgelegenheiten.
- 392 • den Ausbau einer flächendeckenden, kostenfreien digitalen Infrastruktur
393 (WLAN) an öffentlichen Plätzen.
- 394 • die gezielte Unterstützung von Initiativen, die generationsübergreifende
395 und interkulturelle Begegnungen ermöglichen.
- 396 • regelmäßige Bedarfsanalysen und Evaluation der bestehenden Angebote, um
397 die Wirksamkeit und den Bedarf an Dritten Orten kontinuierlich zu
398 überprüfen.

Begründung

Beschlossen vom GJ-Kommunalwahlteam am 26.09.2025